

***Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD******Wohnen für Menschen mit Behinderungen***

Aufgrund der positiven Entwicklungen in Technologie und Medizin konnte in den vergangenen Jahren eine immer bessere Versorgung für Menschen mit erheblichen körperlichen Einschränkungen erreicht werden. Eine bedingte Unabhängigkeit und Flexibilität im Alltag ist nun für viele Menschen mit Behinderung bereits möglich bzw. wird verstärkt angestrebt.

Damit einhergeht auch ein wachsender Bedarf an unterschiedlichen Wohnformen für Menschen mit Behinderungen im Land Bremen. Das stellt die politisch Verantwortlichen sowie die Bauwirtschaft vor die Aufgabe, Lösungen zu entwickeln, wie diese Bedarfe gedeckt werden und eine effiziente Steuerung der Versorgung der unterschiedlichen Alters- und Bedarfsgruppen erfolgen sollen.

Gleichzeitig sind die zusätzlichen Kosten für Betreuungsleistungen zu berücksichtigen, die sich aus dem Mehrbedarf an stationären und ambulanten Wohnformplätzen ergeben, um den Gesamtaufwand für die kommenden Jahre auf einer gesicherten Grundlage einschätzen zu können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Welche Entwicklungen prognostiziert der Senat bezüglich der steigenden Anzahl von Menschen mit Behinderungen im Land Bremen für den Zeitraum der nächsten zehn Jahre? Welche politischen Strategien gedenkt er demzufolge zu ergreifen?
2. Mit welchen unterschiedlichen Alters- und Bedarfsgruppen rechnet der Senat hierbei?
3. Welche unterschiedlichen Unterbringungsformen, wie stationäres Wohnen im Wohnheim, betreute Wohngemeinschaften und betreutes Einzelwohnen werden für den künftigen Bedarf entwickelt?
4. Inwieweit plant der Senat, gemeinsam mit freien Trägern, der Bauwirtschaft, Wohnungsbaugesellschaften und anderen, ein gemeinsames Konzept zur besseren Versorgung durch die Vermeidung von Barrieren und ein Angebot an unterstützenden Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen im Land Bremen zu entwickeln?
5. Mit welcher prozentualen Zunahme der Betreuungskosten, die sich aus dem Mehrbedarf an Plätzen und den sich daraus zu veranschlagenden Betreuungsleistungen ergeben, rechnet der Senat?
6. Wie kann eine möglichst effiziente Steuerung der stationären und ambulanten Versorgungsangebote in Bremen bedarfsgerecht für die Betroffenen erreicht werden, um ein Abwandern in niedersächsische Einrichtungen zu verhindern?

Karl Uwe Oppermann, Dieter Focke,  
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU

Dr. Joachim Schuster,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD